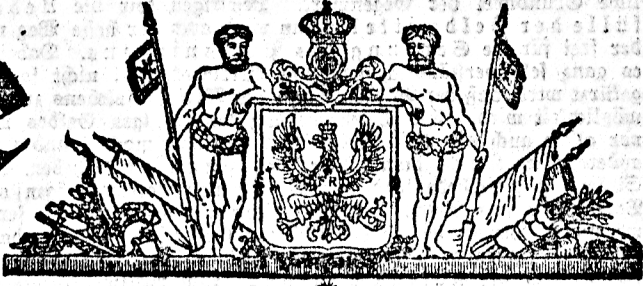


Wolffsche



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen.

Bezug: Monatlich 3.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,50 M. u. 33%, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,35 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11, 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 297.

Noch höhere Eisenbahntarife.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Surzeit schweben Verhandlungen zwischen Vertretern der deutschen Eisenbahnverwaltungen über die Frage, wie die großen finanziellen Verluste der Eisenbahnen ausgeglichen werden können. Diese Verluste sind bei allen beteiligten Eisenbahnen ganz außerordentlich hoch. Die Hauptgründe sind besonders die dauernd steigenden Preise der Kohle und der Betriebsmittel, ferner die hohen Löhne und Gehälter.

Die Eisenbahnen müssen notgedrungen eine abermalige Erhöhung der Tarife eintreten lassen, um den Verlust auszugleichen. Eine solche Maßnahme wird zwar im Handel und Verkehr sehr schwer empfunden werden, doch ist zu beachten, daß selbst dann, wenn die Preise der notwendigen Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände demnächst sinken sollten, die Frachten und Fahrpreise bei weitem noch nicht in dem Maße erhöht sind, wie es die allgemeine Preissteigerung bedingt hätte.

Wollte man die Tarife so hoch heraufsetzen, wie es erforderlich wäre, um den zu erwartenden Verlust in vollem Umfang auszugleichen, so würden bei allen beteiligten Eisenbahnen im Durchschnitt Erhöhungen der jetzigen Tarife um 100 Prozent nötig sein. Um eine allzu starke Mehrbelastung von Handel und Verkehr möglichst zu vermeiden und in der Hoffnung, daß mit Eintritt ruhigerer Arbeitsverhältnisse eine Besserung der augenblicklichen Lage eintritt, soll zunächst die Erhöhung nicht in diesem vollen Umfang in Aussicht genommen werden.

Ueber die Durchführung der Erhöhung schweben noch Verhandlungen. Fest steht, daß sowohl der Verkehr wie Personenverkehr herangezogen werden müssen. Im Güterverkehr werden auch eine große Anzahl Ausnahmetarife aufgehoben werden müssen, sowohl zur Erreichung des Zieles einer finanziellen Gesundung der Eisenbahn als auch deshalb, weil die Durchführung der Friedensbedingungen, die durch den Frieden bedingte völlige Verschleppung der geographischen und wirtschaftlichen Verhältnisse und der Fortfall der früher bei Einführung der Tarife maßgebend gewesenem Voraussetzungen eine solche Maßnahme erforderlich machen.

Unter den Vertretern aller beteiligten Regierungen herrscht über die grundsätzliche Notwendigkeit der Tarifserhöhung und ihre möglichst beschleunigte Durchführung völlige Einigkeit.

In seiner Rede in der Berliner Handelskammer hat Minister Döberl, wie berichtet, auf die kommende Tarifserhöhung bereits hingewiesen.

Kabinettsitzung über den Wiederaufbau

Gestern fand in Weimar eine Kabinettsitzung unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Bauer statt, in der die Kommission für den Wiederaufbau, die in Versailles verhandelt hatte, Bericht erstattete. Die bisher erzielte Annäherung zwischen der deutschen Anschauung und der der Gegenseite und die großen Schwierigkeiten, die dem Wiederaufbau noch entgegen stehen, wurden eingehend besprochen. Die Kommission fuhr abends nach Berlin, wo in den nächsten Tagen die Einzelbesprechungen fortgesetzt werden.

Die Belatzung im Saargebiet.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros

Paris, 12. August.

Im Friedensauschuß des Senats sprach gestern Senator S. Guaid über die Friedensbedingungen betreffend das Saargebiet. Er sagte, daß im Augenblick die militärische Besetzung im Saargebiet gern gesehen sei, und daß ihre Anordnungen von der Bevölkerung gebilligt würden. Wenn auch die Großindustriellen dem Alldeutschtum ergeben seien, zeige sich dennoch keinerlei Feindseligkeit gegen Frankreich. Die Regierung werde im Saargebiet durch fünf Personen verschiedener Nationalität ausgeübt. Das sei ein Problem, von dem man nicht im Voraus sagen könne, ob es sich bewähren werde. Reynald vertritt die Ansicht, daß Frankreich im Saargebiet eine besondere wirtschaftliche Stellung einnehmen werde, die ihm jedenfalls einen großen Einfluß sichere.

Die Leitung des Nachrichtendienstes des Auswärtigen Amtes.

In der Zeitung der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes wird, wie wir hören, in den nächsten Tagen ein Wechsel eintreten. Der Gesandte Dr. Viktor Numan, der die Nachrichtenabteilung seit dem Februar dieses Jahres leitete, tritt von seinem Posten zurück. Zu seinem Nachfolger ist der gegenwärtige Presse-Chef beim Reichsministerpräsidenten Ministerialdirektor Dr. Kaufher aussersehen.

Erzbergers große Finanzrede.

Die Deckung des 25-Milliardenbedarfs.

Drahtmeldung unserer Weimarer Redaktion.

* Weimar, 12. August.

In der Nationalversammlung hat heute Reichsfinanzminister Erzberger endlich seine große Finanzrede anlässlich der Einbringung des Reichsnotopfers, der Reichsabgabenordnung und der Umsatzsteuer gehalten. Erzberger sprach frei, nur unter Verwendung von kurzen Notizen, und er zeigte von neuem, daß er dieses weite Gebiet beherrscht und meistert. Er gab einleitend eine Uebersicht über die stets wachsenden Kriegsausgaben und die immer mangelhafter gewordene Deckung, so daß Deutschland vor der Notwendigkeit steht, jährlich 25 Milliarden Steuern aufzubringen. Er malte die Folgen des Staats- und Volksbankrottes aus, der eintreten muß, wenn diese ungeheure Summe nicht aufgebracht wird. Er zeigte die Notwendigkeit der Erschließung neuer Steuerquellen wie des Zwanges, die Steuerveranlagung auf ganz neuer Basis aufzubauen.

Der Krieg ist für Deutschland finanziell noch nicht abgeschlossen, trotzdem will der Reichsfinanzminister am 1. Oktober dem Hause einen vollkommen abgeschlossenen Etat vorlegen. Als die dringendsten Aufgaben bezeichnete Erzberger neben der Schaffung neuer Einnahmequellen und dem Aufbau der neuen Veranlagungsorganisation eine Minderung der schwebenden Schuld und Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung. Ueber die Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung verbreitete sich der Minister ausführlich, aber doch nur in Andeutungen. Es wird sich dabei nicht um die Schaffung von Gesetzen handeln, sondern den Schlitzen und Finten der Geldverschlepper müsse ebenfalls mit neuen Mitteln und Maßnahmen begegnet werden. Der Minister versicherte, daß vor keinem Kassenschnitt Halt gemacht werden solle und daß auch in Zukunft kein Strohhalm und kein Strumpf vor Kontrolle sicher sein werde. Durch die bisher bewilligten Steuern hofft er 8 Milliarden von den aufzubringenden 25 Milliarden zu decken. Die jetzt eingebrachten beiden Vorlagen sollen etwa weitere 7 Milliarden ergeben, so daß noch 10 Milliarden zu decken sind, die durch die Reichseinkommensteuer, die Erhöhung der Postgebühren und einen in Vorbereitung befindlichen Verzehrentwurf, der die Besteuerung der Mineralien vorzieht, aufgebracht werden sollen. Voraussetzung, daß diese Steuern ausreichen, sei, daß sie unverändert angenommen würden. Jeder Abstrich würde die Erschließung einer neuen Steuerquelle zur Folge haben müssen.

Im zweiten Teil seiner Ausführungen beschäftigte sich der Minister im einzelnen mit dem Reichsnotopfer und der Umsatzsteuer. Das Reichsnotopfer soll zur Einbringung der schwebenden Schuld und zur Verringerung des Zinsdienstes verwendet werden. Es sei geeignet, das jetzt vorhandene Mißverhältnis zwischen Renn- und Sachwert zu vermindern, und soll ein Steigen des Kreditsanleihekurses und eine Verbesserung der Valuta zur Folge haben. Ausführlich suchte er den Einwand, daß die Entente das Reichsnotopfer beschlagnahmen könne, aus den Bestimmungen des Friedensvertrages zu widerlegen. Ein solches Zutreffen der Entente würde die Aufhebung der deutschen Souveränität bedeuten, die ausdrücklich im Friedensvertrag garantiert sei. Auch in sozialer Hinsicht werde das Reichsnotopfer wegen seines antiputokratistischen Charakters wirksam sein.

Wesentlich kürzer faßte sich der Reichsfinanzminister bei der Begründung der Umsatzsteuer. Hier waren seine Darlegungen rein finanztechnischer Natur. Mit Nachdruck betonte er auch hier, daß die in der Vorlage vorgeschlagenen Sätze unbedingt angenommen werden müßten, da sonst automatisch neue Steuern nötig werden würden. Zum Schluß behandelte der Minister kurz die Reichsabgabenordnung. Er gab zu, daß die Selbstständigkeit der Einzelstaaten auf dem Steuergebiete aufhöre; aber das sei nicht zu umgehen, da es unmöglich sei, noch 26 verschiedenen Veranlagungsmustern die Steuern zu erhöhen. Die jetzt gemachte Reichsfinanzreform sei notwendig, um das neue deutsche Reich lebenskräftig zu machen. Die Schlüsselsteine der Reform werden Anfang Oktober mit der Reichseinkommensteuer und einem Landesbesteuerungsgesetz gelegt werden. Die Reichseinkommensteuer soll am 1. April 1920 in Kraft treten. Die vorbereitende Organisation für die Erhebung müsse in den vorangehenden 6 Monaten beendet werden. Die jetzt abgeschaffenen Steuern würden, so merkwürdigerweise das auch manchem Klagen mag, zur Wohlfahrt für unser Volk ausschlagen, denn sie würden ein neues starkes Reich schaffen helfen,

aufgebaut auf Gerechtigkeit und Demokratie. Die reichlich wertvollen Ausführungen wurden am Schluß von den Mehrheitsparteien mit lebhaftem Beifall begleitet.

Zu Beginn der Sitzung wurde vom Minister des Auswärtigen eine Anfrage des deutsch-nationalen Abgeordneten v. Gräfe über die Verzögerung der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen beantwortet. Die Anfrage war, wie gemeldet, auf Grund von Gerüchten gestellt, die besagten, daß die Regierung die Verzögerung selbst herbeiführe, weil sie die Gefangenen gar nicht zurückhaben wolle. Der Außenminister wies diese Verdächtigungen ganz energisch zurück und führte sie auf das Bestreben gewisser rechtsstehender Parteikreise zurück, ihre parteipolitischen Zwecke mit solch schamlosen Anschuldigungen gegen die Regierung zu fördern. Dann wurden die Zündwaren- und Spielkartensteuer im wesentlichen nach den Beschlüssen des Ausschusses angenommen. Erörterungen gab es eigentlich nur bei dem Zündwarensteuergesetz, und zwar über die strittige Frage des Zündholzmonopols und der Aufhebung der Kontingentierung. Das Monopol, das mit dem 1. April 1921 beginnen soll, war in der ursprünglichen Regierungsvorlage nicht enthalten, wurde aber von den Mehrheitsparteien mit Zustimmung der Regierung im Ausschuß und auch jetzt in der zweiten Lesung durchgesetzt.

Den Sitzungsbericht veröffentlichen wir in der zweiten Beilage; die Rede des Reichsfinanzministers lassen wir hier folgen:

Reichsfinanzminister Erzberger:

Das Haus und das deutsche Volk haben ein Recht, mehrere Fragen beantwortet zu hören: Was ist und was muß und wie wird es werden? Was ist? das größte Finanzproblem, das die Welt je zu sehen bekam! Was werden muß? baldige Ordnung unseres gesamten Finanzwesens in Reich, Ländern und Gemeinden und Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben im Großen und Kleinen. Wie soll es werden? wir müssen Abschied nehmen von manchem alten Siehgewonnenen, ein durchdachtes Steuererzählen aufstellen, einheitliche Erfassung aller Steuerquellen, Gerechtigkeit auf der einen Seite, Gewissenhaftigkeit auf der anderen. Nur unter diesen Voraussetzungen ist Hoffnung und Möglichkeit, daß Deutschland erhalten bleibt und vor dem schwersten Unglück, dem Staatsbankrott, der hier ein Volksbankrott ist, bewahrt wird.

Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die Finanzlage, wie sie sich in Deutschland von 1913 bis 1918 entwickelt hat. Die ungeheuren Zahlen rufen mehrfach Bewegung und das Hör! Hör! auf allen Seiten des Hauses hervor.

Das Kennzeichen der deutschen Wirtschafts- und Finanzlage — so faßt er die Darlegungen zusammen — ist die ungeheure Fälligkeit des deutschen Volkvermögens. Zwei Forderungen müssen noch erfüllt werden, die finanziell und wirtschaftlich von größter Bedeutung sind. Wir müssen sofort mit aller Beschleunigung an die Schaffung einer deutschen Handelsflotte herangehen in enger Zusammenarbeit mit den Personen- und Gesellschaften, die hier bisher bahnbrechend waren. Hier vorzugehen in freier Selbstverwaltung unter genügender Kontrolle des Staates, ist dringendes Gebot für die deutsche Volkswirtschaft. Wir müssen sodann ebenfalls mit größter Beschleunigung unseren Auslandsdeutschen mit Reichsvorschlüssen zu Hilfe kommen. Schon die nächste Woche wird eine betreffende Vorlage an die Nationalversammlung bringen (Beifall). Endlich muß unser Anleihenstand erleichtert werden. Das Höchstmaß, welches ein Arienstahr an Anleihen aufbrachte, war 25 Milliarden; dieses Höchstmaß muß jetzt das Volk Jahr für Jahr an Steuern aufbringen, um zu gedeihen. Von einem Staatsbankrott würden gerade die untersten Schichten des Volkes am Allerhärtesten betroffen werden; bei einem vollendeten Staatsbankrott würden auf zwei Drittel des gesamten Privatvermögens vernichtet werden und die gesamte Wirtschaftsmaschine zum Stillstand kommen. Wie grauenvoll die Zustände in Deutschland werden würden, ist gar nicht auszumalen. Darum wird die Reform kommen, weil sie kommen muß. Dazu gehört auch eine vollkommene Umgestaltung der Steuerveranlagung im Sinne höchster Gerechtigkeit. Finanzpolitisch ist der Krieg noch immer nicht abgeschlossen; noch immer zahlen wir für die großen Kriegsausgaben und dazu treten die Miesenkosten für die Demobilisierung und für die Entschädigungen in der Heimat. Auch dieses Problem muß bewältigt werden.

Ich werde nicht ruhen und rasten, um am 1. Oktober einen geordneten Etat vorzulegen. Ich habe mit den Ressorts schwer darum zu kämpfen, besonders mit dem Kriegsministerium. Regierung und Parlament müssen mit Hochdruck arbeiten, um Ordnung in das Chaos der Liquidation des zusammengebrochenen Kriegesunternehmens zu bringen. Die Liquidation muß möglichst bald abgewickelt werden. Wir haben auch aus dem Friedensvertrag sehr schwere Pflichten übernommen, denen wir mit heiligem Willen